Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinde\, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannsch | Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatl. 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklameteil (3gesp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei undeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 5

Nummer 32 — Dienstag, den 13. März 1928 — 39. Jahrgang

Amtliches.

Erfahrungsgemäß werden namentlich in den Frühjahrsmonaten eine große Menge junger Hasen usw. von revierenden Hunden vernichtet. Besonders zur Feldarbeit werden vielfach unnötigerweise Hunde mitgenommen, die dann unbeaufsichtigt im Reviere umherlaufen, Wild aufsuchen und verfolgen (revieren). Die Halter von Hunden, die ihre Hunde revieren lassen, begehen eine Zuwiderhandlung, die nach § 52,2 des Jagdgesetzes vom 1. Juli 1925 auf Antrag des Jagdausübungsberechtigten mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit Haft bestraft wird. Außerdem ist die das Jagdrecht ausübende Person gemäß § 4 Abs. 4 des Jagdgesetzes berechtigt, revierende Hunde zu töten.

Grimma, 10. März 1928. Die Amtshauptmannschaft.

Die Gewerbesteuer auf das 4. Viertel des Rechnungsjahres 1927 (1. Januar bis 31. März 1928), fällig am 15. März 1928, ist bis spätestens

20. März 1928

an die hiesige Stadtsteuer-Einnahme bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung zu entrichten.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß für das Rechnungsjahr 1927 125 v. H. der Staatsgewerbesteuer als Zuschlagsteuer endgültig erhoben werden. Die sich ergebende Nacherhebung, die von jedem einzelnen Steuerpflichtigen selbst zu errechnen ist, wird mit dem am 15. März 1928 fälligen Terminsbeitrage für das 4. Rechnungsviertel mit eingehoben.

Naunhof, am 24. Februar 1928. Der Stadtrat.

Potemkinsche Dörfer.

Nun sollen die „Monarchisten" und andere „Gegenrevolutionäre" daran schuld sein, daß es im Wirtschaftsgetriebe des „sozialisierten" Sowjetrußlands durchaus nicht klappen will! Es ist vollständig ausgeschlossen, daß Deutsche, die von ihren Firmen als Ingenieure, Monteure usw. nach Rußland gesandt worden sind, sich dort irgendwie in politische Intrigen einlassen würden. Dazu ist der Deutsche im Ausland an und für sich schon viel zu zurückhaltend und vorsichtig und ganz besonders ist er es in Rußland. Aus allzu verständlichen Gründen.

Wir haben den Russen einen Kredit in einer Gesamthöhe von 360 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt — aber das hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Weder ging unsere Hoffnung in Erfüllung, daß der deutsch-russische Warenaustausch sich erheblich erhöhen, Deutschland an erster Stelle als Lieferant für die russische Wirtschaft in Betracht kommen würde, auch diese russische Gesamtwirtschaft befindet sich in einem durchaus unerfreulichen Zustand. Ein großer Teil der deutschen Konzessionsunternehmungen sind zusammengebrochen; erinnert sei vor allem an die „Mologa" Holzverwertungsindustrie A.-G., deren Bankerott den deutschen Gläubigern einen Verlust von etwa 25 Millionen Mark verursachte. Andere folgten — und die Ursache ist meistenteils in den überaus schwierigen Verhältnissen des russischen Wirtschaftssystems zu suchen, in der „antikapitalistischen" Einstellung, die der Unternehmerinitiative nur einen sehr geringen Spielraum verstattet.

Auf der einen Seite also diese Zusammenbrüche, auf der anderen nicht bloß der Rückgang des deutschen Exports nach Rußland, sondern auch die Tatsache, daß England und Amerika auf dem russischen Absatzgebiet uns weit überflügelt haben. Und schließlich noch die dritte, daß nämlich Deutschland jetzt mehr Waren aus Rußland bezieht als es nach dorthin absetzt. Dabei ist der 360-Millionen-Kredit völlig in Anspruch genommen — doch damit sind die Russen immer noch nicht zufrieden! Zurzeit befindet sich eine russische Wirtschaftskommission in Berlin, die noch viel weitergehende Wünsche kundgetan hat. Sie will nicht bloß einen neuen großen Warenkredit erhalten, sondern verlangt von deutschen Firmen, die in das russische Geschäft hineinkommen wollen, darüber hinaus noch sehr erhebliche Barkredite. Dieses Verlangen wird wohl dann auf kein großes Entgegenkommen stoßen wenn die Russen aus überaus dunklen, absichtlich dunkel gehaltenen Gründen derartig gegen Deutsche vorgehen, wie es jetzt im Donetzkohlenrevier geschieht. Auch die sonstigen Umstände, die mit diesen Verhaftungen verknüpft sind, machen die ganze Affäre noch peinlicher.

Seit mehr als einem Jahrzehnt befindet sich die russische Wirtschaft betriebstechnisch und organisatorisch in vollster Auflösung, überstürzt ein „sowjetrevolutionäres" Experiment das andere. Das gilt besonders in der Schwerindustrie, deren erste Anfänge überhaupt nur bis zu den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zurückreichen. Erst ganz langsam, unter zahlreichen Rückschlägen, ist es gelungen, wieder etwas aufzurichten, nachdem die Revolution und die sich anschließenden Bürgerkriege — nicht zuletzt im Donetzgebiet — alles zerstört hatten, was an „kapitalistischen" Einrichtungen vorhanden war. Dem Ausländer wurde natürlich nur das gezeigt, was man in der Zeit der Zarenherrschaft so gern als „Potemkinsche Dörfer" bezeichnet hatte. Daran — wie an anderen russischen Zuständen — hat man auch unter der Bolschewistenherrschaft festgehalten. Aber diese Dorffassaden gibt es nicht bloß in der russischen Industrie, sondern auch der wichtigste Produktionszweig Rußlands, die Getreidewirtschaft, hat Vorkommnisse und Gärungen gezeitigt, die vorher als „gegenrevolutionär" bezeichnet wurden und deshalb zu einem staatlichen Eingreifen führten. Offenbar sind aber auch hier nur rein wirtschaftliche, praktisch gebotene Widerstände gegen die grasgrüne Wirtschaftstheorie des Sowjetregimes erfolgt, hat sich die Wirklichkeit gegenüber den am Schreibtisch entstandenen kommunistischen „Forderungen" durchgesetzt.

Die Russen wissen, daß infolge des allgemeinen weltwirtschaftlichen Absatzmangels ein Wettrennen zwischen den einzelnen Ländern veranstaltet wird zwecks Wiedereroberung des russischen Marktes. Sie wissen das — und darum diese Primadonnenmanieren; darum auch derartige Vorkommnisse wie die Verhaftung der Fremden. Man will eben, koste es was es wolle, die Fassaden retten.

•

Die Verhaftung der deutschen Ingenieure.

Nach einer Mitteilung der Direktion der A. E. G. handelt es sich bei den verhafteten Deutschen um unbedingt zuverlässige Leute, bei denen es vollkommen ausgeschlossen ist, daß sie sich irgend etwas hätten zuschulden kommen lassen. Der eine verhaftete Oberingenieur ist 55 Jahre alt und steht seit etwa 30 Jahren in den Diensten der A. E. G. Die Direktion der A. E. G. hält es für vollkommen ausgeschlossen, daß die drei Leute sich unter Mißachtung der Interessen des Hauses in politische Machinationen eingelassen hätten.

Auch die Firma Koppers in Bochum hält es für unmöglich, daß sich ihre sorgfältig ausgewählten Angestellten in Rußland politisch betätigt haben.

Stresemanns Bericht über Genf.

Vor Reichspräsident und Reichskabinett.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat nach Schluß der diesmaligen Völkerbundtagung Genf verlassen und erstattet alsbald in Berlin dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Tagung, ebenso demnächst dem Reichskabinett. Voraussichtlich wird Dr. Stresemann in erster Linie auf die Unterhaltungen zurückkommen, die er mit dem polnischen Außenminister Zaleski über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen geführt hat.

Vor seiner Abreise aus Genf hatte Stresemann mit den russischen Vertretern Konferenzen, ferner mit dem rumänischen Minister des Äußern, Titulescu, bei der die zwischen den beiden Ländern bestehenden Fragen, insbesondere auch Fragen wirtschaftspolitischer Art, durchgesprochen wurden. Es ist anzunehmen, daß der rumänische Minister des Äußern zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Berlin kommt; der Zeitpunkt steht jedoch noch nicht fest.

Aus Konstantinopel wird berichtet, daß der türkische Ministerrat am Sonntag beschloß, die Einladung zur Genfer Abrüstungskonferenz anzunehmen. Zu diesem Zweck reist der türkische Außenminister nach Genf.

•

Siebente Tagung des Völkerbundausschusses zur Bekämpfung des Mädchenhandels.

Der Völkerbundausschuß zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels, in dem Deutschland durch Frau Reichstagsabgeordnete Dr. Gertrud Bäumer vertreten ist, hat seine siebente Tagung begonnen. Auf der Tagesordnung steht außer der Prüfung der laufenden Regierungsberichte und sozialen Maßnahmen zum Schutze der im Auslande für Tanzlokale tätigen Mädchen auch die von der letzten Völkerbundversammlung beschlossene Untersuchung über die Möglichkeiten einer allgemeinen Abschaffung der öffentlichen Häuser.

Veröffentlichung des Phöbusberichtes

Geschäfte Kapitän Lohmanns.

Die Seetransportabteilung.

Lange Wochen sind mit Auseinandersetzungen über die Seetransportabteilung unter Kapitän Lohmann dahingegangen und mancherlei Andeutungen wurden gemacht über die Verluste, die dabei dem Reiche erwachsen sind. Sparkommissar Sämisch wurde mit der Ausarbeitung einer Denkschrift beauftragt, die auch der Reichsregierung zugegangen sein sollte, aber zunächst nicht veröffentlicht wurde. Der Reichskanzler erklärte vor einigen Tagen, die Denkschrift des Herrn Sparkommissars sei nicht ganz vollständig, sie werde ergänzt und dann dem Reichshaushaltsausschuß zugehen. Das ist jetzt geschehen.

Der Bericht bildet ein Heft von 21 Schreibmaschinenseiten und beginnt: „Der Gesamtkomplex der Transaktionen, die Kapitän Lohmann außerhalb des geschäftsmäßigen Bereiches der von ihm geleiteten Seetransportabteilung vorgenommen hat, läßt sich hinsichtlich der Frage der Legitimation zur Ausführung dieser Handlungen in drei Gruppen zergliedern. Der ersten Gruppe gehören diejenigen Maßnahmen an, die Kapitän Lohmann auf Grund und im Rahmen der ihm bei Zuweisung der Ruhegelder von dem damaligen Chef der Marineleitung erteilten Generalermächtigung zur zweckentsprechenden Bewirtschaftung und Verausgabung dieser Sondermittel getroffen hat.

Die zweite Gruppe bezieht sich auf die Phöbusfilmangelegenheit, bei der Kapitän Lohmann teilweise im Einverständnis mit seinen Vorgesetzten, teilweise ohne deren Wissen und Willen gehandelt hat. Die dritte Gruppe umfaßt diejenigen Geschäfte, die Kapitän Lohmann ganz auf eigene Verantwortung getätigt hat."

Zur Phöbusfilmangelegenheit

sagt der Bericht: Auch wenn man die Frage des Für und Wider, ob der Staat auf die Beschreitung der im Film liegenden Propagandamöglichkeiten Einfluß nehmen will, offen läßt, so ist doch kein Wort darüber zu verlieren, daß es sich im vorliegenden Falle um einen untauglichen Versuch mit untauglichen Mitteln gehandelt hat. Die Berufung darauf, daß die Marineministerien anderer Länder sich ebenfalls mit der Filmpropaganda befassen, ändert daran nichts.

Zur Deckung der dem Fiskus aus der Vollmachtsüberschreitung des Kapitäns Lohmann erwachsenen Regreßansprüche wird bereits der der Zwangsvollstreckung unterliegende Teil der Bezüge Lohmanns einbehalten. Die Frage weiterer Regreßansprüche wird geprüft.

Der Konkurs der Phöbusfilm-A.-G. wurde aus dem Grunde nicht in die Wege geleitet, weil man der Überzeugung war, die Interessen der Allgemeinheit durch Vermeidung des Konkurses am besten wahren zu können. Zur dritten Gruppe der Geschäfte wird gesagt: Die Offenlegung des dritten Betätigungskreises des Kapitäns Lohmann führt in einen Komplex hinein, dessen Vorhandensein dem Ansehen der Reichsmarine besonderen Abbruch getan hat.

Hier wird vor allem die geldliche Interessennahme Lohmanns an dem Berliner Bankverein erwähnt und die Beteiligung an der Bacon-Company erörtert. Schließlich wird gesagt: „Eine ins einzelne gehende zahlenmäßige Darstellung aller Vorgänge ist bei der Undurchsichtigkeit der von Kapitän Lohmann getroffenen Maßnahmen noch nicht möglich gewesen." In einem Schlußabsatz werden die Sicherungen gegen eine künftige Wiederholung von Vorkommnissen der geschilderten Art behandelt.

Dieser Bericht wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, bei der Beratung im Reichshaushaltsausschuß lebhafte Kritik erfahren. Von den Oppositionsparteien werde erklärt, der Bericht schaffe keine Klarheit über den finanziellen Umfang der Geschäfte und lasse sehr wesentliche Dinge fort in der Tendenz, die ganze Angelegenheit zu einem persönlichen Fall Lohmann zu machen und die Vorgesetzten des Kapitäns zu entlasten.

Schluß in Genf.

Der Völkerbundrat hat in öffentlicher Sitzung beschlossen, die weitere Behandlung des ungarisch-rumänischen Optantenstreits auf seine nächste Session zu vertagen. Auch mit Bezug auf die übrigen Zwischenfälle will der Völkerbundrat zwei neutrale Sachverständige zu den weiteren Untersuchungen entsenden, welche das ungarisch-rumänische Schiedsgericht zum Optantenkonflikt ergänzen sollen.

Neues Mitglied der Saarregierung.

In einer geheimen Ratssitzung wählte der Rat an Stelle des ausscheidenden belgischen Mitgliedes der Saarregierung Lambert den Bürgermeister von Helsingfors, den Finnländer Ehrenroth. Ferner hat der Rat die Mandate der übrigen Mitglieder der Saarregierung auf ein weiteres Jahr bestätigt. Präsident der Saarregierung ist somit auch für die nächsten Jahre der Engländer Sir Wilton. Ferner gehören der Saarregierung weiter an: der Saarländer Koßmann, der Franzose Maurice und der Tschechoslowake Beßenski.

•

In einer kurzen öffentlichen Schlußsitzung beschloß der Völkerbundrat in der ungarischen Waffentransportaffäre auf Vorschlag des Dreierkomitees Holland, Finnland und Chile unter Hinzuziehung von Sachverständigen der Völkerbundorgane die Untersuchung des Zwischenfalles weiter fortzuführen und, falls erforderlich, die Sachverständigen an den Ort des Zwischenfalles zu entsenden. Das Komitee soll dann dem Völkerbundrat nach dem Abschluß der Untersuchungen noch vor der Tagung des Völkerbundrates im Juni einen Bericht vorlegen.

Mussolinis Faust in Südtirol.

Verhaftungen und Beschlagnahmungen.

Der Gasthof Gruber im Bozener Boden wurde behördlich gesperrt, weil dort einige italienische Arbeiter erklärt hatten, daß Mussolini nicht mehr lebend zurückkehren solle, wenn er am 24. Mai an der Enthüllungsfeier des Siegesdenkmals in Bozen teilnehmen werde. Die Kellnerin, die dieses Gespräch mit angehört hatte und auf die Frage, was die Deutschen zu einem Attentat auf Mussolini sagen würden, geantwortet habe, daß der Anschlag auf Mussolini nur schlimme Folgen haben würde, wurde verhaftet.

Der „Tiroler Anzeiger" bringt eine Mitteilung der Zeitung „Tirolia", wonach der Ministerrat beschlossen hat, 84 Beamte der Etschprovinz nach Inneritalien zu versetzen. An ihre Stelle treten im Austausch Staatsbeamte aus Venetien und Toscana.

Am Mittwoch sollen, wie der „Tiroler Anzeiger" erfährt, in den Schulen Bozens und Merans deutschsprachige Lehrbücher eingezogen worden sein. Österreichische und deutsche Zeitungen seien in den Hotels so gut wie nicht mehr zu finden, da sie meist an der Grenze zurückgehalten würden.

SLUB
Wir führen Wissen.